

Kommunalwahlen 2014 in der Türkei – „Nach der Wahl ist vor der Wahl“

Am 30. März 2014 fanden in der Türkei allgemeine Kommunalwahlen statt, bei denen die knapp 53 Millionen Wahlberechtigten ihre Oberbürgermeister, Stadtteil- oder Landkreisbürgermeister, Landkreisträte und Gemeindevorsteher (muhtar) sowie Mitglieder der Provinzversammlungen (Provinzräte) gewählt haben. Insgesamt traten 26 Parteien an. Aufgrund der 10%igen Sperrklausel haben nur vier Parteien diese Hürde übersprungen. Prognosen der Umfrageinstitute unterschiedlicher Couleur hatten der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), die seit 2002 die Regierung in Ankara stellt, ein Ergebnis zwischen 35% und 50% prognostiziert. Letztendlich ging sie abermals als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan fuhr nach einem äußerst konfrontativ und polarisierend geführten Wahlkampf zum achten Mal in Folge einen klaren Sieg ein. Nach Auszählung von 95% der Stimmen gewann seine Partei rund 45%, was einer Steigerung von über 6% im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen von 2009 bedeutet. Vor allem in den Metropolen Istanbul und Ankara werden die Oberbürgermeister weiter von der AKP gestellt. Die Stimmenzuwächse für die Opposition sind marginal: so erreichte die säkular-kemalistische CHP nur rund 28 Prozent.

1. Besondere Ausgangslage 2014

Die diesjährigen Kommunalwahlen standen unter besonderen Vorzeichen. Zum einen waren es die ersten Wahlen seit 2009, die unter den 2012 reformierten rechtlich-administrativen Rahmenbedingungen für Provinzen, Gemeinden und Dörfer stattfanden. Im Zuge dieses neuen Gesetzes wurde auch die Zahl der Großstadtverwaltungen von 16 auf 30 erhöht und die Ausweitung der Großstadtgrenzen auf die gesamte Provinz beschlossen. Zudem handelte es sich um die erste von drei wichtigen Abstimmungen, in deren Folge noch Präsidentschafts- und Parlamentswahlen anstehen. Für die AKP-Regierung unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan waren diese Wahlen weit mehr als nur ein Stimmungstest. Seit der landesweiten Protestwelle 2013, den Korruptionsvorwürfen gegen ihn und einige Kabinettsmitglieder und dem daraufhin entbrannten unerbittlichen Machtkampf mit der Hizmet-Bewegung war er stark unter Druck geraten. So hatte Er-

doğan diese Wahl zu einer Vertrauensabstimmung bzw. zu einem Referendum über sich und einen Richtungsentscheid für das Land hochstilisiert - zumal er mehrmals angedeutet hatte, im Fall eines Wahlsieges seiner Partei für die Präsidentschaftswahlen im Herbst dieses Jahres antreten zu wollen.

Für die neu geordneten Strukturen der Provinz- und Kommunalebene stellten die Wahlen einen ersten Test dar. Ein zentraler Aspekt dieser Reform war die Umstrukturierung der Großstadtgemeinden (büyükşehir belediyeleri) mit mehr als 750.000 Einwohnern. Ihre Zahl hatte sich im Zuge der Reform von 2012 von zuvor 16 auf 30 erhöht. Die Oberbürgermeister dieser Metropolregionen gelten neben den Provinzgouverneuren als zentrale Entscheidungsträger der subnationalen Ebene. Anders als die von der Regierung bestimmten Gouverneure werden sie jedoch vom Volk auf fünf Jahre gewählt. Ebenso werden in den Kommunalwahlen die Vertreter für die Gemeinderäte (belediye meclisi) bestimmt. Politische Relevanz erhält die Reform von 2012 vor allem da-

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
LUDWIG SCHULZ

31. März 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

durch, dass diese Großstadtgemeinden nun schätzungsweise 75 Prozent aller Wähler vereinen. Allein in den drei Großstädten Istanbul, Ankara und Izmir lebt fast ein Drittel aller Wahlberechtigten. Außerdem wurde im Zuge der Reform vor allem von der Opposition kritisiert, dass sich der Neuzuschnitt von Gemeindegrenzen zum Vorteil für die regierende AKP auswirken könnte.

Angesichts der brisanten Entwicklungen der vergangenen Monate war allerdings die Debatte um Gemeindegrenzen und Kompetenzfragen der regionalen und lokalen Ebene weit in den Hintergrund gerückt. Bis auf wenige Ausnahmen spielten daher die Kandidaten der Parteien vor Ort sowie die Inhalte ihrer Regional- und Lokalpolitik keine prominente Rolle. Stattdessen dominierten die Auftritte der Parteivorsitzenden und ihre polarisierende Rhetorik die Wahlberichterstattung in den Medien. Die Hoffnung der Oppositionsparteien, schon bei dieser Wahl von der bedrängten Lage der Regierungspartei zu profitieren und den Rückhalt von AKP und Premier in der Bevölkerung zurückdrängen zu können, ist ihnen in diesen Wahlen allerdings nicht gelungen.

2. Der Wahlverlauf: Vorwahlkampf der Parteien und ihrer Kandidaten und Wahlentscheidung

Der Vorlauf für die Kommunalwahlen begann im Herbst 2013, als die Führungsgremien der Parteien begannen, die Kandidatenlisten aufzustellen. Dabei stand die regierende AKP vor der Herausforderung, für die Wahlen auf lokaler Ebene auch die anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen politisch einzukalkulieren. Denn laut ihres aktuell gültigen Parteistatus ist für Amts- und Mandatsträger die Zahl aufeinanderfolgender Amts- bzw. Legislaturperioden auf drei begrenzt. Dies betrifft auch das Amt des Premierministers, das Erdoğan nach den Parlamentswahlen 2011 zum dritten Mal antrat. Seit langem werden ihm Ambitionen auf das Amt des Staatspräsidenten nachgesagt. Demnach machte er im Vorfeld der Wahlen zum einen seine Kandidatur für das Präsidentenamt vom Abschneiden seiner Partei in den Kommunalwahlen abhängig. Zum anderen sprach sich verschiedentlich herum, dass das oberste Parteigremium der AKP, der Zentrale Exekutivrat (MYK), eine Änderung des Parteistatus bzgl. der Amtszeitbeschränkung beschließen könnte. Hiervon

würden nicht nur über 70 AKP-Abgeordnete und ein Großteil des Kabinetts profitieren. Vor allem stünden dann Erdoğan alle Optionen für die anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen weiterhin offen.

Allerdings nahm die Parteiführung das Statut auch schon im Vorfeld der Provinz- und Kommunalwahlen zum Anlass für entsprechende Anpassungen: so sollten nun Regierungsmitglieder für Bürgermeisterämter kandidieren, um Platz zu machen für amtierende Lokalpolitiker oder verdiente Parlamentsabgeordnete, die später in die Regierung wechseln könnten. Demzufolge kandidierten etwa die ehemaligen Minister Sadullah Ergin (Justiz) für das Oberbürgermeisteramt in Antakya, Binali Yıldırım (Verkehr und Transport) bewarb sich um das Oberbürgermeisteramt in der CHP-Hochburg Izmir und Fatma Şahin (Familie und Soziales) strebte nach drei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden als Abgeordnete für Gaziantep nun das Amt als dortige Oberbürgermeisterin an, das sie als gebürtige „Anteplerin“ auch souverän gewann.

Anlässlich der Entwicklungen ging es den Oppositionsparteien, allen voran der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), ab Jahresbeginn 2014 nicht mehr nur darum, die für sie relativ erfolgreichen Wahlergebnisse von 2009 zu wiederholen. Damals erhielt die AKP 38,8%, CHP 23,1% und MHP 16,0%.

Vielmehr noch setzten sie alles daran, die AKP-Regierung weiter in die Defensive zu bringen. So forderten sie stetig mehr Aufklärung ein, warfen Premier Erdoğan und seiner Regierung Korruption, Verschleierung und autoritäres Verhalten vor und forderten die Regierung zum Rücktritt auf bzw. riefen ihre Wähler zu einem deutlichen Zeichen des Misstrauens gegen die AKP auf. Große Hoffnungen machte sich vor allem die CHP, die beiden wichtigsten Metropolregionen Istanbul und Ankara zu gewinnen, die seit langem von der AKP bzw. deren konservativen Vorgängerparteien regiert wurden. Für die Oberbürgermeisterwahl in Ankara, wo seit 1994 von Melih Gökçek von der AKP regiert wird, nominierte die CHP den ehemaligen MHP-Politiker Mansur Yavaş, der 2009 ein viel versprechendes Ergebnis damals noch für die MHP eingefahren hatte und nun nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen dem Amtsinhaber Gökçek unterlag. In Is-

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
LUDWIG SCHULZ

31. März 2014

www.kas.de
www.kas.de/tuerkei

Istanbul stand für die CHP der seit 1999 amtierende Bürgermeister des Stadtbezirks Şişli, Mustafa Sarıgül, zur Abstimmung. Dieser hatte schon einmal eine steile Parteikarriere in der CHP angetreten, war jedoch wegen Streitigkeiten mit der Parteiführung 2005 ausgetreten. Die Regierung Erdoğan äußerte während des Wahlkampfes ihrerseits Korruptionsvorwürfe gegen Sarıgül, der schließlich mit 43% zwar ein respektables Ergebnis einfuhr, aber doch deutlich hinter den AKP-Bürgermeister Kadir Topbaş zurückfiel. Inwieweit Sarıgül mit seinem Achtungserfolg in Istanbul die Chancen auf einen zukünftigen Erfolg der CHP erhöhen konnte, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzuschätzen.

In Izmir wurde der CHP-Kandidat und Amtsinhaber Aziz Kocaoğlu bestätigt. Somit gab es in den drei größten Städten der Türkei keine Veränderungen bei der Oberbürgermeisterwahl.

Eine bedeutende Rolle spielte für die Provinz- und Kommunalwahlen auch die Kurdenpartei BDP mit ihrem Ableger HDP. Erstere war gerade in Ost- und Südostanatolien in den vergangenen Wahlen immer wieder eine große Konkurrenz zur AKP, weil sie für mehr Autonomie für ihre kurdische Klientel eintrat. Dagegen sollte sich die im September 2013 in der Folge von „Gezi“ gegründete HDP im Westen des Landes als eine kurdisch geprägte, vom politisch-programmatischen Anspruch jedoch übergreifende Partei präsentieren, die für mehr Bürgerbeteiligung und Pluralismus plädierte, sich aber letztlich nicht behaupten konnte.

Den beiden kurdisch geprägten Parteien kam im Vorfeld der Wahlen zudem zu Gute, dass sie sich weitgehend aus dem Machtkampf inmitten des islamisch-konservativen Lagers herausgehalten hatten. Anfangs hatten sie noch die AKP unterstützt, weil die Regierung – wenn auch nur langsam und nicht uneigennützig – pro-aktiv an einer Lösung des Kurdenproblems in der Türkei arbeitete. Im Laufe des Wahlkampfes wickelte sich dies aber in eine eigenständigere Position mit der Forderung um Aufklärung und um nachhaltige Unterstützung des Verhandlungsprozesses. Zu den Parlamentswahlen 2015 wollten BDP und HDP als eine Partei antreten – für die türkische Mehrheit im Land dürften sie außer in den kurdisch dominierten Regionen Anatoliens wegen ihrer anhaltenden Werbung für „die kurdische Sache“ und Nä-

he zur als Terrororganisation eingestuften PKK und deren Anführer Abdullah Öcalan aber eher nicht wählbar sein.

Inwieweit die neue Großstadtgesetzgebung und die reformierte Wahlbezirkseinteilung das ein oder andere überraschende Wahlergebnis zugunsten der Regierungspartei verantwortlich zu machen ist, müssen noch detaillierte Analysen und zukünftige Wahlen zeigen.

Insgesamt verlief der Wahltag in vergleichsweise ruhigen Bahnen – nur einige vereinzelte Zwischenfälle unter rivalisierenden Kontrahenten politischer Parteien ereigneten sich in drei südöstlichen Provinzen bei denen auch Todesfällen zu beklagen sind. Glücklicherweise kam es zu keinen größeren, durch Provokateure angeheizten Anschlägen oder weiterem Blutvergießen, wie im Vorfeld der Wahlen weitgehend befürchtet worden war.

Unklar ist zum derzeitigen Stand, ob es bei der Wahl Unregelmäßigkeiten in einem gewissen Ausmaß gegeben hat. Den von der Opposition und Regierungskritikern bereits am Wahlabend vorgebrachten und nun im Raum stehenden Beschwerden über vereinzelten Wahlbetrug oder Wahlmanipulationen muss nun unabhängig nachgegangen werden. Mit über 90% gab es eine hohe Wahlbeteiligung.

3. Hintergründe

Die Wahlen fanden unter besonderen innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen statt, die im Wahlkampf immer wieder thematisiert wurden und zusammengenommen das politische Klima in der Türkei verschärft und vergiftet hatten. Dabei ist die politische Lage nicht nur in Folge der „Gezi“-Proteste aus dem vergangenen Jahr und den umstrittenen Reaktionen der Regierung angespannt. Auch verzeichnet die türkische Wirtschaft seit 2013 einen hohen Wertverlust der Lira, steigende Preise und eine wachsende Verunsicherung über die künftige Stabilität der Türkei unter den für die Wirtschaftsentwicklung so wichtigen ausländischen Investoren. Mehrere Entwicklungen kurz vor den Wahlen verschärften die politische Lage: so etwa der Abschuss eines syrischen Jets in der Grenzregion durch das türkische Militär, der die Angst vor einer Eskalation des Konflikts mit dem Nachbarland schürte – oder die landesweiten Unruhen

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
LUDWIG SCHULZ

31. März 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

mit erneut zwei Toten, nachdem am 11. März ein 16-jährige Jugendlicher verstarb, der während der Gezi-Protteste in Istanbul lebensgefährlich verletzt worden war.

Vor allem Ministerpräsident Erdoğan und seine AKP standen unter großem Druck, seitdem am 17. Dezember 2013 Korruptionsenthüllungen bzw. -vorwürfe gegen die Regierung bekannt wurden. In deren Folge verloren vier Minister ihr Amt. Ebenso wurden eine Reihe geheimer Abhörprotokolle von Telefonaten des Premiers publik, aus denen sein manipulatives wie auch autoritäres Verhalten deutlich gemacht werden sollten. Auf die Enthüllungen und Vorwürfe reagierte die Regierung mit den ihr zur Verfügung stehenden harten Mitteln: Landesweit wurden mehr als 7.000 Ermittlungsbeamte in Justiz und Polizei zwangsversetzt oder verloren ihre Posten, um den Vorwürfen nicht weiter nachgehen zu können. Gesetze zur stärkeren Kontrolle und Beeinflussung der Justiz (z.B. die Unterstellung des Hohen Rats der Staatsanwälte und Richter unter das Justizministerium) wurden im Eilverfahren verabschiedet, soziale Medien wie Twitter und Youtube wurden per Erlass gesperrt. Ebenso wurde eine Kompetenzerweiterung für den Inlandsgeheimdienst MIT auf den Weg gebracht.

Ursächlich für diese Eskalation wurde von den meisten Beobachtern auf einen Machtkampf innerhalb des AKP-Lagers verwiesen, der zwischen Premier Erdoğan und dem in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen, Erdoğan's einstigem Verbündeten im antikemalistischen Geiste, entbrannte. Dabei wird angenommen, dass nicht nur Gülen's deutliche Kritik an Erdoğan's Reaktion auf die „Gezi“-Protteste letzteren zu dem Schluss kommen ließ, vor den anstehenden Wahlen die Reihen im eigenen Lager zu schließen. Auf einschränkende Maßnahmen der Regierung gegen die Gülen-Bewegung (wie z.B. die Schließung der vielen Tausend privaten Nachhilfezentren) reagierten deren Anhänger offenbar mit jenen Korruptionsenthüllungen und -ermittlungen, was Erdoğan und seine Regierung wiederum entsprechend repressiv und drohend erwiderte.

Auf den Wahlkampf wirkten diese Entwicklungen explosiv. Vor allem die drei Hauptkonkurrenten, Recep Tayyip Erdoğan, CHP-Chef Kemal Kılıçdaroğlu und der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli heizten die Stimmung ihrerseits mit aufpeitschender

Rhetorik weiter an. Zwar ging die Regierung nach Bekanntwerden der Korruptionsvorwürfe schnell in die Offensive über und versuchte, ihrem Vorgehen gegen die „Hizmet-Bewegung“ und Kritikern den Anstrich einer „normalen“ Ausführung von Staatsmacht im Einklang mit bestehenden Regeln zu geben. Doch sah sich die AKP bereits im Februar dazu gezwungen, ihr Wahlziel von ursprünglich 50% auf 38% der Stimmen – dem Kommunalwahlergebnis von 2009 – zu senken und jedes Ergebnis über diesem Wert als Erfolg zu werden. Folglich setzte sie alles daran, ihre Anhänger zu mobilisieren, Unentschlossene zu überzeugen und die politischen Gegner mit extremen Polarisierungen auszugrenzen.

4. Wahlergebnisse und Ausblick

Vor dem Hintergrund des enormen Drucks, den die Opposition, Teile der Öffentlichkeit und die Gülen-Bewegung seit Ende 2013 direkt oder indirekt auf Partei und Regierung ausgeübt hatten, ist deren Abschneiden als stärkste politische Kraft bemerkenswert, konnte sie doch offenbar ihre Kernanhängerschaft ausreichend mobilisieren. Die Korruptionsvorwürfe und zahllosen abgehörten sowie im Internet hochgeladenen kompromittierenden Telefongespräche wie auch die Twitter- und Youtube-Verbote haben ihr offensichtlich nicht geschadet. Vielmehr konnte Erdoğan seine Opferrolle wirksam thematisieren und einen aus dem Ausland gesteuerten Komplott gegen ihn und seine Regierung beklagen.

Er hatte die Kommunalwahlen zudem in den Rang von Parlamentswahlen erhoben und in einem sehr personalisierten Wahlkampf eindeutig gewonnen, wobei die AKP ihre Stimmenmehrheit im Vergleich zur letzten Kommunalwahl wesentlich ausbauen und den Trend ihrer Wahlgewinne fortsetzen konnte (seit 2002 ist die AKP aus sämtlichen Parlaments- und Kommunalwahlen sowie Referenden als Siegerin hervorgegangen ist - bisher insgesamt acht Wahlen).

Unter derzeitigen Bedingungen gehen zahlreiche Beobachter vorerst nicht von einer Entschärfung der angespannten politischen Lage in der Türkei aus. Im Gegenteil: die AKP mit ihrer Regierungsmehrheit sowie ihrem erneuten Wahlerfolg und der gewonnenen „Vertrauensabstimmung“ wird nun alles daran setzen, um nicht von der Macht verdrängt zu werden. Sie wird ihre bereits im

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
LUDWIG SCHULZ

31. März 2014

www.kas.de
www.kas.de/tuerkei

Wahlkampf angekündigten Kampagne („Operationen“) gegen das Gülen-Netzwerk unverzüglich beginnen und durchziehen. Dies deutete der Ministerpräsident bereits in seiner ersten Siegesrede am Abend der Wahlen an. Seinen Gegnern, die die Interessen der Türkei verraten hätten, drohte Erdoğan mit unnachgiebiger Härte zu begegnen.

Auch wenn die drei Oppositionsparteien CHP, MHP und BDP ihren Stimmenanteil halten und vereinzelt auch Teilerfolge einfahren konnten, hat sich insgesamt wieder einmal gezeigt, dass sie für den türkischen Wähler immer noch keine ernstzunehmende Alternative darstellen. Die CHP verfehlte die psychologisch wichtige 30%-Grenze und auch die MHP stellt augenscheinlich keine ernstzunehmende Alternative für die konservativen und nationalen Wählerschichten dar.

Dass die Oppositionen jedoch nicht mehr Nutzen aus der unter Druck geratenen AKP ziehen konnten, liegt zum einen daran, dass die Wähler den Kommunalwahlen in aller Regel weniger Bedeutung einräumen als vergleichsweise Parlamentswahlen.

Viel wichtiger ist aber, dass es den großen Oppositionsparteien, abgesehen von BDP/HDP mit ihrem kurdenspezifischen Ansatz, weiterhin an charismatischer Führung und zukunftsweisenden, visionären Parteiprogrammen oder Projekten mangelt, die einen attraktiven politischen Alternativentwurf zur AKP darstellen könnten. Ihr Wahlkampf beschränkte sich im Wesentlichen auf die Korruptionsvorwürfe und Telefonmitschnitte, was augenscheinlich nicht ausreichend für einen Wahlerfolg war.

Allein die drei großen Parteien errangen fast drei Viertel der Stimmen - alle anderen politischen Parteien spielten bei diesen Wahlen keine Rolle. Eventuell kann es auch zu einer Gründung einer neuen Partei kommen, wie verschiedentlich gemunkelt wird.

Der hohe Stimmenanteil der AKP ist auch ein Indiz dafür, dass die „Gülenisten“ eine bittere Niederlage hinnehmen mussten. Obwohl sie keine eigene politische Partei haben, spielen sie zahlenmäßig bei keiner der Parteien eine große Rolle.

Interessant wird auch die Wahlanalyse sein, wie sich die Stimmen der fünf Millionen

Jungwähler, die erstmals an einer Wahl teilgenommen haben, auf das Wahlergebnis ausgewirkt haben.

Alle Blicke sind nun auf die weiteren Wahlen gerichtet. Die Devise lautet nun: „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Der Dauerwahlkampf zwischen den Parteien sowie die verschärfte Polarisierung in der Gesellschaft dürfte sich also bis zur Präsidenten- und Parlamentswahl nahtlos fortsetzen.

Zunächst wird das Kommunalwahlergebnis auch unmittelbare Auswirkungen auf die Wahl des Staatspräsidenten im August haben. Beobachter rechnen damit, dass Erdoğan - bereits seit elf Jahren im Amt als Regierungschef und gestärkt durch das Wahlergebnis - sich alsbald zu seiner Kandidatur für das Präsidentenamt im August äußern wird. Blickt man auf die beiden verfestigten Blöcke von jeweils 45% AKP-Anhängern und 55% Anti-AKP-Anhängern, dürfte bei den Präsidentschaftswahlen die pro-kurdische BDP das Zünglein an der Waage sein.

Und sollte Erdoğan's Wechsel in das oberste Staatsamt, dessen aktive Eingriffsrechte in die Politik von der gegenwärtigen Verfassung begrenzt bleiben, tatsächlich erfolgreich sein, ergäbe sich dann für die Opposition auch die denkbare Option, auf einen programmatischen Minimalkonsens hinzuarbeiten und in einer Koalition einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten anzutreten.

Denkbar ist aber auch, dass Erdoğan möglicherweise im kommenden Frühjahr aber auch zum vierten Mal als Regierungschef antreten wird, sollte das Parteistatut vorher entsprechend geändert werden. Auch Neuwahlen liegen laut dem Politikprofessor Hüseyin Bağcı im Bereich des Möglichen, die Erdoğan aufgrund seiner derzeitigen politischen Stärkeposition in Erwägung ziehen könnte.

Entscheidend für den Ausgang der kommenden Wahlen werden unter gegenwärtigen Bedingungen vor allem aber auch die allgemeine Wirtschafts- und Sicherheitslage der Türkei sowie der Grad der fortschreitenden Polarisierung innerhalb der Gesellschaft sein, bei der sich die beiden etwa gleich starken Blöcke unversöhnlich gegenüberstehen.